



Ulrich Kelber
Bonns Bundestagsabgeordneter

Newsletter Berlin



Aktuelles

Bonn

Berlin

Service

Nr. 2/2006, 115. gesamt / 27.01.2006

Zitat

«Streiche:
Rheinland-Pfalz -
Wir machen's
einfach besser.
Setze: Mit
ganzem Herzen
Rheinland-
Pfalz!»

(Text eines erfolgreichen Änderungsantrags auf dem Kleinen Parteitag der CDU in Bingen am 21.1. Die Änderung betraf den Titel des «Regierungsprogramms» der CDU für die Landtagswahl am 26. März 2006)

Themen in dieser Ausgabe:

- Analyse einer Nicht-Affäre
- „Product Placement
- Umweltgesetzbuch
- Gentechnikgesetz
- Saisonarbeiter
- Förderung ganzjährige Beschäftigung
- Diese Woche im Plenum

Politische Analyse einer Nicht-Affäre

Interessant: Obwohl sich von Tag zu Tag immer mehr herausgestellt hat, dass es keinerlei Skandal um die Aktivitäten des BND in Bagdad gegeben hat, hält sich in den Medien hartnäckig der Begriff „BND-Affäre“. Richtig wäre es eher, von einer „PANORMA-Affäre“ oder einer „SPIEGEL-Affäre“ zu sprechen. Beide Medien haben Verdächtigungen in die Welt gesetzt, ohne eine einzige seriöse Quelle dafür zu benennen.

Der eigentliche Skandal wäre gewesen, wenn deutsche Geheimdienste der deutschen Bundesregierung keine Lageberichte aus eigener Erkenntnis hätte liefern können.

Besonders peinlich ist das Verhalten der drei Oppositionsparteien in dieser Frage. Die PDS kümmert sich ohnehin nicht um die Wahrheit oder Notwendigkeit. Die FDP stimmt zwar zu, dass alle Fragen beantwortet

wurden, wollte aber weiterhin einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Die Grünen wissen nicht, was sie wollen. Einziger gewünschter Effekt, vor allem von PDS und FDP: Jeden Tag aufs Neue in den Medien erscheinen. PDS und FDP wollen den größten politischen Erfolg der Regierung Schröder zerreden und vergessen dabei leichtfertig die politische Wahrhaftigkeit.

Ich kann nur hoffen, dass dies kein Vorgesmack auf die Oppositionsarbeit der nächsten vier Jahre war, mit PDS und FDP als Vertreter von Extrempositionen und einer grünen Partei, die nicht zu sich findet.

Und ich hoffe auch, dass sich deutsche Medien nicht mehr auf fragwürdige Quellen aus der Umgebung der Bush-Administration verlassen.

- Ulrich Kelber -

Pläne der EU-Kommission zum "Product Placement" stoßen auf Kritik

Die von der EU-Kommission geplante Revision der EU-Richtlinie "Fernsehen ohne Grenzen" soll auf veränderte technische Rahmenbedingungen reagieren und mögliche Wettbewerbsverzerrungen beseitigen. Künftig sollen etwa die Werbevorschriften liberalisiert und das "Product Placement", also die Einbindung eines Produkts oder einer Dienstleistung durch visuelle oder verbale Platzierung in einem Spielfilm oder einer anderen Programmform, legalisiert werden. Das sagte Kulturstaatsminister Bernd Neuman am Mittwochnachmittag in der Sit-

zung des Kulturausschusses. Anbieter gleicher Inhalte sollen so künftig im gesamten EU-Binnenmarkt gleichen Bedingungen unterliegen. Insbesondere die Pläne zum "Product Placement" stießen bei den Abgeordneten aller Fraktionen auf Kritik. Es sei nicht ausreichend, wenn künftig nur im Vor- oder Abspann von Sendungen auf diese Form der Werbung hingewiesen werden müsse. Die Unionsfraktion regte an, über eine Selbstverpflichtung der privaten Fernsehsender nachzudenken, nach der sie freiwillig auf das "Product Placement" verzichten würden. Auch die SPD betonte, über

die vorgesehenen Regelungen zur Produktplatzierung müsse nochmals diskutiert werden. Die Transparenz der Trennung von Werbung und Programm müsse erhalten bleiben. Die Fraktion Die Linke gab zu Bedenken, dass die geplante Fernsehrichtlinie erst bis 2012 in nationales Recht umgesetzt werden müsse - und niemand wisse, wie das Fernsehen dann aussehen werde. Auch die FDP vertrat diesen Standpunkt: Es könne sein, dass "das, was jetzt mit großem Aufwand diskutiert wird, in wenigen Jahren obsolet ist".

Gabriel will Umweltgesetzbuch auf den Weg bringen

Auf viel Unterstützung stieß Bundesminister Sigmar Gabriel (SPD), als er am Mittwochvormittag über die Perspektiven der Umweltpolitik der Bundesregierung in der 16. Wahlperiode sprach. Die Koalitionsfraktionen wie auch die Fraktion der Bündnisgrünen stimmten ihm in der Aussage zu, die Umweltpolitik müsse künftig in den Mittelpunkt der Politik gerückt werden. Der Minister nannte drei große Ziele seiner künftigen Politik: die Schaffung eines Umweltgesetzbuches, den Abbau von Bürokratie sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umweltpolitik. Sowohl Grüne als auch die Koalition sicherten Gabriel zu, diese Vorhaben zu unterstützen. Insbesondere das angestrebte Umweltgesetzbuch sei von immenser Bedeutung. Koalition und Bündnis 90/Grüne waren sich einig darin, dass dieses Ziel im Rahmen der

geplanten Föderalismusreform erreicht werden müsse. "Wenn wir das in dieser Legislatur nicht auf den Weg bringen, dann schaffen wir es nie", so die CDU/CSU. Die SPD betonte, es gehe nicht um die Föderalismusreform "im Großen und Ganzen", man müsse vielmehr "gezielt in kleinen Änderungsbereichen ansetzen", um Lösungen zu finden. Die Grünen kritisierten, die bisherigen Vorhaben zur Föderalismusreform seien "offensichtlich ohne einen Gedanken an den Schutz der Umwelt zusammengestrickt worden". Zudem ergäben sich daraus größere Schwierigkeiten bei der Umsetzung der EU-Richtlinien und in der Folge Rechtsunsicherheiten.

Auf Zustimmung stießen auch Gabriels Pläne, einen Energiepass einzuführen, eine Strategie zur

biologischen Vielfalt vorzulegen und den Bereich der erneuerbaren Energien auszubauen. Im Bereich der Energiepolitik gebe es drei Ziele: Versorgungssicherung, Klimaschutz und Preisstabilität. Zum Thema Atomausstieg sagte Gabriel, Deutschland könne "sich den Atomausstieg leisten", die Endlagersuche müsse fortgesetzt werden. Kritisch äußerten sich die Bündnisgrünen zu Gabriels Ausführungen zum Einsatz der Gentechnik. Diese dürfe weder befördert noch verfolgt werden. Zudem sei es nicht richtig, wenn die Koalition immer wieder die Gegensätze zwischen dem Umweltschutz und den Interessen der Industrie betonten. Vielmehr eröffneten sich der Wirtschaft insbesondere im Bereich der Beschäftigung erhebliche Chancen durch den Umweltschutz.

Koalition will Rahmen für Nutzung der Gentechnik neu abstecken

Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD wollen den Rahmen für die weitere Entwicklung und Nutzung von Gentechnik in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen abstecken und haben dazu einen Gesetzentwurf ([16/430](#)) eingebracht. Dieser soll die sogenannte EU-Freisetzungsrichtlinie vollständig umsetzen und regelt das Ausbringen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Die Vorlage enthält Vorschriften zum Monitoring gentechnisch veränderter Organismen sowie eine zwingende Kennzeichnung auf allen Stufen des Inverkehrbringens. Ein-

blick soll die Öffentlichkeit nicht nur in die Standorte von Freisetzung von GVOs erhalten, sondern auch in die Standortauswahl beim Anbau solcher gentechnischer veränderter Pflanzen, wenn diese als Produkte zugelassen sind. Eigenen Angaben zufolge möchten die Koalitionsfraktionen auch die Öffentlichkeitsinformation und -beteiligung ausbauen. Zudem sollen nach ihren Vorstellungen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, etwa indem bei der Behandlung eines Antrages behördenintern Fristen gesetzt werden. Die Koa-

litionsfraktionen heben hervor, dass diesem Gesetz noch weitere Schritte zur Änderung des deutschen Gentechnikrechts folgen müssten.

Zu den für Länder und Gemeinden anfallenden Mehrkosten durch einen erhöhten Verwaltungs- und Überwachungsaufwand haben die Fraktionen keine Angaben gemacht. Zwar seien Mehrkosten für denjenigen, der ein Produkt, das gentechnisch veränderte Organismen enthält oder aus solchen besteht, in den Verkehr bringt oder damit umgeht, aufgrund der Änderungen nicht auszuschließen, heißt es.

Seehofer erwägt Einsatz von Saisonarbeitern bei der Ernte

Für eine rasche Überprüfung der mit dem Koalitionspartner getroffenen Vereinbarung zum Einsatz von heimischen Saisonarbeitern, machte sich Bundesernährungsminister Horst Seehofer (CSU) im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am Mittwochvormittag stark. Bei einer Arbeitsmarktlage von annähernd fünf Millionen Arbeitslosen müsse es möglich sein, auf rund 30.000 Saisonarbeitskräfte jährlich zurückzugreifen, so der Minister. Er bekräftigte damit eine im Koalitionsvertrag gemachte Aussage und erklärte, zusammen mit den Arbeitsagenturen die Arbeitsmarktlage zu erörtern, um sicherzustellen, dass eine ausreichende Zahl an Helfern für die im März beginnenden Ernten zur Verfügung stehen. "Wir können nicht erst auf einen Offenbarungseid der Bundesagentur warten, sondern müssen das bis Mitte Februar hinkriegen." Wenn Schwachstellen aufträten, müsse man sich über praktikable Lösungen Gedanken machen. Anders als bei anderen Wirtschaftsbereichen, wie etwa der Gastronomie, gäbe es bei Ernten nur einen sehr schmalen zeitlichen Korridor. Würden in dieser Zeit nicht ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, bekomme

man "den maximalen Schaden". "Hier drückt es gewaltig", sekundierte die Union dem Minister. Nach ihrer Darstellung treibe die Landwirte die Sorge um, wie die für März, April und Mai ausstehenden Ernten eingefahren werden könnten. Die Abgeordneten wandten sich mit der Bitte an den Minister, auf Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) zuzugehen und eine Lösung für den Mangel an heimischen Arbeitskräften zu finden. So stelle sich die geschilderte Situation regional sehr unterschiedlich dar. Dies sei auch bei einem Zusammentreffen mit Vertretern der Bundesagenturen deutlich geworden. Die SPD sagte ihre Unterstützung für einen begrenzten Einsatz von Saisonarbeitskräften zu. Ferner hielt Seehofer an dem Vorhaben fest, die auf das Ernährungsministerium entfallenden Einsparungen im Umfang von 200 Millionen Euro zu erbringen, zeigte sich aber gesprächsbereit darüber, an welcher Stelle man den Rotstift ansetzen.

Als weitere Schwerpunkte seiner Arbeit nannte Seehofer für das Jahr 2006 ein Verbraucherinformationsgesetz und ein Gentechnikgesetz. Er hob hervor, dass das Verbraucherinformationsgesetz, das man bis März ins Parlament einbringen wolle, ein Dienstleistungsangebot an den Bürger sei und damit nicht zusätzlich Bürokratie aufgebaut werden



solle. Geplant sei, künftig eine Verbraucherministerkonferenz institutionell anzusiedeln, um den Verbraucherschutz zu stärken und einen verbesserten Informationsaustausch zu gewährleisten. Mit Blick auf jüngste Fleischskandale hob er hervor, dass künftig die Namen von Unternehmen genannt werden sollen, die gegen Regeln der Lebensmittelwirtschaft verstießen. Auf Nachfrage der Fraktion Die Linke zeigte sich Seehofer bereit, dort wo Regelverstöße vorlägen, das Auskunftsbegleichen von Bürgern gebührenfrei zu machen.

Nicht allein auf die Haftungsfrage möchte der Ernährungsminister die Gentechnik reduziert sehen. Aus seiner Sicht geht es darum, mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gegnern von Gentechnik einen intensiven Dialog zu führen, um die Frage nach der Art der Nutzung der grünen Gentechnik zu klären.

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

<http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>

Dort einfach die Nr. eingeben

Termine

28.01.06, 11:00 - Dortmund
Verbraucherpolitische Konferenz der SPD NRW

29.01.06, 11:11 - Bonn
Prinzenempfang der Wiese Müüs, Bristol

30.01.06, 18:30 - Leverkus.
Treffen der regionalen SPD-Vorstände

02.02.06, 19:30 - Bonn
Treffen m. Bürgerverein Holzlar, Waldcafé

04.02.06, 17:00 - Bonn
Große Bürgersitzung der Ehrengarde, Beethovenhalle

Service

Tipps für Kinder:

<http://www.taschengeldgangster.de/>

Ulrich Kelber Bonn Bundestagsabgeordneter

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030—227 700 26
Fax: 030—227 760 08
Email: ulrich.kelber@bundestag.de

Büro Bonn:
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228—280 31 35
Fax: 0228—280 31 36
Email:
ulrich.kelber@wk.bundestag.de

... und im Internet
unter
www.kelber.de

Die Texte der Seiten 2-4 stammen vom Pressezentrum des Bundestages und der SPD-Bundestagsfraktion.



Karikatur: Klaus Stuttmann

Koalition will Saison-Kurzarbeitergeld einführen

CDU/CSU und SPD haben einen Gesetzesentwurf zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung ([16/429](#)) vorgelegt, mit dem ein Saison-Kurzarbeitergeld als neue Sonderform des Kurzarbeitergeldes eingeführt werden soll. Ziel ist es, die Winterarbeitslosigkeit zu bekämpfen und Beschäftigungsverhältnisse in Bau- und Saisonbetrieben ganzjährig zu erhalten. Der Anwendungsbereich des Saison-Kurzarbeitergeldes soll sich neben dem Baugewerbe auch auf weitere Wirtschaftszweige mit saisonbedingten Arbeitsausfällen erstrecken, beispielsweise die Land- und Forstwirtschaft, die Baustoffindustrie, das Maler- und Lackierhandwerk oder das Steinmetz- und Bildhauerhandwerk. Die Schlechtwetterzeit gilt dabei vom 1. Dezember bis zum 31. März. Erfasst werden sollen nicht mehr nur wetter-

bedingte, sondern darüber hinaus auch auftragsbedingte Ausfälle.

Zur Begründung heißt es, die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, dass die Beschäftigten trotz der bestehenden Winterbauförderung oft in kurzzeitige Arbeitslosigkeit entlassen würden. Dies führe zu Ausgaben beim Arbeitslosengeld, und auch die Arbeitslosenversicherung werde indirekt belastet. Darüber hinaus verursachten regelmäßige, kurze Perioden der Arbeitslosigkeit erheblichen Verwaltungs- und Kostenaufwand. Wenn es gelinge, die Beschäftigungsverhältnisse in den genannten Branchen während des ganzen Jahres aufrecht zu erhalten, würde dies die Arbeitsverwaltung entlasten. Die Arbeitslosenversicherung werde die neue Leistung von der ersten Ausfallstunde an bereitstellen, so Union und SPD. Vorgeesehen ist ferner, dass

Arbeitgeber und regelmäßig auch Arbeitnehmer über eine Umlage ergänzende Leistungen finanzieren. Dieses System solle gleichzeitig Vorbild für andere Wirtschaftszweige mit hohen Arbeitsausfallzeiten im Winter sein. Die Tarifpartner würden einbezogen, die Finanzierung des neuen Leistungssystems zu sichern. Zugunsten der Arbeitnehmer nennen die Fraktionen das aus der Winterbauförderung bekannte Wintergeld. Dies werde als Ausgleich für wetterbedingte Mehraufwendungen bei geleisteten Stunden während der Förderzeit gezahlt.

Als besonders viel versprechend stufen die Fraktionen die umlagefinanzierte Erstattung der vom Arbeitgeber zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge ein. Dadurch würden Arbeitgeber von den wesentlichen Lasten einer Fortbeschäftigung der Arbeitnehmer befreit.



AKTUELLE STUNDE

Diskussion zur Mehrwertsteuer

In einer Aktuellen Stunde auf Antrag der Fraktion Die LINKE wurde über den „Vorschlag des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt bei einer entsprechenden Entwicklung der Steuereinnahmen 2006 auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu verzichten“ diskutiert. Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer (CDU), war in der Aktuellen Stunde anwesend und nutzte die Debatte, um seine jüngsten Äußerungen gegen den Koalitionsbeschluss zurechtzurücken. Es sei „eine verunglückte Äußerung“ gewesen, räumte er ein.

Die Redner der Regierungskoalition warfen der Fraktion Die LINKE vor, dass sie an anderen Stellen mehr Ausgaben forderten, aber keine solide Gegenfinanzierung zu ihren Vorschlägen vorlegen würden. Es bleibe bei dem Beschluss, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, um die Lohnzusatzkosten senken zu können und um die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben. Diese Ziele seien mit einer Konjunkturaufhellung noch nicht erreicht. Die vorgesehene Steuererhöhung sei ein Baustein zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien, so die SPD-Abgeordnete Petra Hinz. Zwar sei die Anhebung der Mehrwertsteuer „sicher nicht das Ziel der SPD gewesen“, doch habe man im Rahmen der Koalition ein gemeinsames Konzept beschlossen, das auch gemeinsam umgesetzt werde.

Mehrwertsteuer entlastet Staatshaushalt

Nach dem Koalitionsvertrag soll die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte auf 19 Prozent angehoben werden. Um dem beginnenden Aufschwung Zeit zu geben, soll die Erhöhung erst im Jahr 2007 in Kraft treten. Der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent bleibt unverändert. Zwei Prozentpunkte der Erhöhung sollen zur Sanierung des Haushalts verwendet werden und ein Prozentpunkt zur Senkung der Lohnzusatzkosten.

AKTUELLE STUNDE

Iran-Atomprogramm

In der Aktuellen Stunde der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Warnungen vor einer Militarisierung der Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm“ haben sich die Redner und Rednerin der Regierungskoalition gegen die Diskussion über eine etwaige militärische Optionen gegen den Iran ausgesprochen.

Gefragt seien vielmehr Geschlossenheit und gemeinsames Handeln der internationalen Staatengemeinschaft, sagte Staatsminister Gernot Erler. Erler betonte, Teheran habe den Verhandlungen mit den „EU-3“ (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) durch die Wiederaufnahme der Aktivitäten zu einer Urananreicherung „einseitig und mutwillig“ die Grundlage entzogen. Die Sorgen der Staatengemeinschaft würden bestärkt durch wiederholte und nicht hinnehmbare Schmähungen durch Irans Präsident Mahmud Ahmadineschad an die Adresse Israels. Die Experten der Fraktion Rolf Mützenich, Uta Zapf, Andreas Weigel und Steffen Reichel warnten vor einer Stärkung der atomaren Militärdoktrin. Sie würde den neuen terroristischen Bedrohungen nicht gerecht. Vielmehr verleite das Festhalten an atomaren Waffen andere Staaten diese für sich selbst vorzuhalten. Gefragt sei vielmehr ein globales Sicherheitskonzept, dass die gemeinsame Sicherheit und Abrüstung auf die internationale Agenda setzt. Als nicht hinnehmbar wurde auch die Haltung von Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) kommentiert, der sich gegenüber einer Zeitung für die atomare Bewaffnung Deutschlands ausgesprochen hatte.



A U S S E N

Grundfreiheiten beim Umgang mit Gefangenen

Der Deutsche Bundestag hat am 26. Januar den Antrag der Koalition „Für die Einhaltung von grundlegenden Menschenrechten und Grundfreiheiten beim Umgang mit Gefangenen“ (Drs. 16/431) beschlossen.

Der Bundestag hat an seinem Bekenntnis festgehalten, den internationalen Terrorismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Die Koalition bekräftigte mit ihrem Antrag vor allem noch einmal, dass auch für die Gefangenen in Guantanamo die grundlegenden Menschenrechte und Grundfreiheiten gelten. Durch den Beschluss unterstützt der Bundestag die Bundesregierung in ihrer Forderung, das Lager in Guantanamo zu schließen.

Hintergrund

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA und dem Krieg in Afghanistan werden auf dem US-Militärstützpunkt auf Kuba mutmaßliche Taliban- und al-Qaida-Kämpfer festgehalten. Sie werden dabei von den USA nicht als Kriegsgefangene, sondern als „feindliche Kämpfer“ geführt. Nach der Genfer Konvention sind gefangene Personen bei Unklarheiten über deren Status, solange nach den Bestimmungen des Genfer Abkommens III zu behandeln, bis der Status durch ein Gericht geklärt wurde. Streng verboten sind insbesondere ihre Tötung, jede Gefährdung ihrer Gesundheit, Gewaltanwendung, Folter, Verstümmelung, Bedrohung, Beleidigungen, Erniedrigungen und das öffentliche Zuschaustellen. Das Leben, die körperliche Unversehrtheit und die Ehre der Gefangenen sind unter allen Umständen zu schützen.

U M W E L T

Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung

Am 26. Januar hat der Bundestag in 1. Lesung den Regierungsentwurf zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung (Drs. 16/400) eingebracht. Damit sollen Form und Struktur der abfallrechtlichen Überwachung an die Vorgaben des EG-Rechtes angepasst werden.

Effizientere Ausgestaltung

Der Gesetzentwurf hat das Ziel, die abfallrechtliche Überwachung nachhaltig zu vereinfachen und gleichzeitig effizienter auszugestalten. Wir wollen Unternehmen in allen Verwaltungsbereichen von bürokratischen Pflichten und Kosten entlasten. Bisher hat das deutsche Überwachungsrecht die entsprechenden EG-rechtlichen Vorgaben zwar inhaltlich korrekt, aber nicht in begrifflicher und struktureller Identität mit dem EG-Recht umgesetzt, so der zuständige Bundesminister Sigmar Gabriel. Dies bringe Abweichungen zur abfallrechtlichen Überwachung in anderen Mitgliedstaaten mit sich und stelle insbesondere grenzüberschreitend tätige Unternehmen vor Probleme.

Mit der geplanten Anpassung werden diese Probleme verhindert. Außerdem werden mit ihr die reibungslose Umsetzung künftiger Änderungen der Überwachungsvorgaben der EG gewährleistet. Zusätzlich soll sowohl im abfallrechtlichen Nachweisverfahren als auch in den Einzelverordnungen über die Verwertung oder Beseitigung bestimmter Abfälle die elektronische Form eingeführt werden. So wird die Nachweisführung vereinfacht, zudem sind damit die Nachweisdaten schneller verfügbar und können effizienter ausgewertet werden.



WIRTSCHAFT

Jahreswirtschaftsbericht 2006

Am 26. Januar 2006 wurde im Deutschen Bundestag der Jahreswirtschaftsbericht 2006 mit dem Titel „Reformieren, investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland“ diskutiert.

Die Bundesregierung hat ihre bisherige Erwartung von ursprünglich 1,2 Prozent Wirtschaftswachstum für dieses Jahr auf 1,4 Prozent nach oben korrigiert. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die Lage im Verlauf des Jahres ebenfalls verbessern. Die Bundesregierung schätzt, dass die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt um 350.000 Personen fällt. Voraussichtlich werden auch wieder mehr Menschen erwerbstätig sein.

Sanieren, Reformieren und Investieren

Die Bundesregierung setzt in ihrer wirtschaftspolitischen Strategie auf einen Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren. Gesunde und tragfähige Staatsfinanzen sind eine wesentliche Grundlage für die Rückkehr auf einen höheren Wachstumspfad. Gleichzeitig brauchen wir strukturelle Reformen insbesondere in den sozialen Sicherungssystemen, um sie dauerhaft zu stabilisieren. Die bereits umgesetzten, umfassenden Reformen auf dem Arbeitsmarkt werden, wo nötig, weiterentwickelt und angepasst. Damit inländische und ausländische Unternehmen in Deutschland wieder mehr investieren, werden die steuerlichen Rahmenbedingungen insbesondere für Unternehmen weiter verbessert. Mittelständler und Existenzgründer werden im Rahmen eines Mittelstandsentlastungsgesetzes von bürokratischen Vorschriften entlastet. Im Rahmen einer Mittelstandsinitiative wird die Bundesregierung darüber hinaus die Finanzierungsbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen weiter verbessern.

GEDENKTAG

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Am Freitag, dem 27. Januar 2006 fand im Deutschen Bundestag eine Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Am 27. Januar, vor nunmehr 61 Jahren wurde das Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit. Auschwitz steht dabei symbolhaft für den vielerorts durchgeführten Völkermord und für die Millionen Opfer, die durch das Regime des Nationalsozialismus entrechtet, verfolgt und ermordet wurden.

Weltweiter Gedenktag

Dieser für Deutschland ganz besondere Gedenktag ist 1996 in Deutschland zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt worden. Seitdem begeht der Deutsche Bundestag diesen Tag jährlich im Rahmen einer Feierstunde. Seit letztem Jahr ist der 27. Januar übrigens auch weltweit der offizielle Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

Hauptredner war in diesem Jahr Prof. Dr. h.c. Ernst Cramer, Publizist und Überlebender der NS-Verfolgung. Prof. Cramer, der sich in den 1930er Jahren in der jüdischen Jugendbewegung in Deutschland engagierte, wurde nach der Reichspogromnacht im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert, konnte aber 1939 in die USA emigrieren. Nach dem Krieg engagierte er sich sehr für die deutsch-jüdische Versöhnung.

Auch in diesem Jahr kamen 80 Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und Polen auf Einladung des Deutschen Bundestags nach Berlin, um in dieser vergangenen Woche an einer internationalen Jugendbegegnung zu diesem Gedenktag und an der Sonderveranstaltung im Deutschen Bundestag teilzunehmen.